

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 29 | 17.07.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

#### **BGBI II 314/2020**

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung des Haftungsrahmens zur Bewältigung der Krisensituation aufgrund von COVID-19 für das KMU-Förderungsgesetz (KMU-Förderungsgesetz COVID-19-HaftungsrahmenV) geändert wird

#### **BGBI II 316/2020**

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2 geändert wird

## **BGBI II 319/2020**

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über** das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus SARS-CoV-2 Risikogebieten geändert wird

## **BGBI II 320/2020**

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2 geändert wird

#### **BGBI II 321/2020**

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung des Haftungsrahmens zur Bewältigung der Krisensituation aufgrund von COVID-19 für das Garantiegesetz 1977 (Garantiegesetz 1977 COVID-19-HaftungsrahmenV) geändert wird

## BGBI III 103/2020 (Anlage)

Abkommen über den **gemeinsamen Luftverkehrsraum** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Georgien** andererseits

#### **BGBI III 104/2020 (Anlage)**

Abkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik **Moldau** über den **gemeinsamen Luftverkehrsraum** 

#### **BGBI III 105/2020 (Anlage)**

**Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich **Jordanien** andererseits

## BGBI III 106/2020 (Anlage)

**Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung des Staates **Israel** andererseits

## BGBI III 107/2020 (Anlage)

Protokoll zur Änderung des Abkommens über den **gemeinsamen Luftverkehrsraum** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Georgien** andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union

#### **BGBI III 108/2020 (Anlage)**

Protokoll zur Änderung des Abkommens über den **gemeinsamen Luftverkehrsraum** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der **Republik Moldau** anlässlich des Beitritts der Republik **Kroatien** zur Europäischen Union

## BGBI III 109/2020 (Anlage)

Protokoll zur Änderung des Europa-Mittelmeer-**Luftverkehrsabkommens** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich **Jordanien** andererseits anlässlich des Beitritts der Republik **Kroatien** zur Europäischen Union

#### **BGBI III 110/2020 (Anlage)**

Protokoll zur Änderung des Europa-Mittelmeer-**Luftverkehrsabkommens** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung des **Staates Israel** andererseits anlässlich des Beitritts der Republik **Kroatien** zur Europäischen Union

## II. AMTSBLATT DER EU

#### ABI L 225 v 14.07.2020, 53

Beschluss NR 1/2020 des mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschusses vom 12. Juni 2020 zur Änderung des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft

## ABI L 227 v 16.07.2020, 1

Durchführungsverordnung (EU) 2020/1027 der Kommission vom 14. Juli 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr 771/2014, (EU) Nr 1242/2014 und (EU) Nr 1243/2014 hinsichtlich der Durchführung und Überwachung spezifischer Maßnahmen zur **Milderung der Auswirkungen** der **COVID-19-Pandemie** im **Fischerei- und Aquakultursektor** 

#### ABI L 227 v 16.07.2020, 76

Empfehlung (EU) 2020/1039 der Kommission vom 14. Juli 2020 zur Knüpfung **staatlicher finanzieller Unterstützung** für Unternehmen in der Union an die Bedingung, dass keine Verbindungen zu **nicht kooperativen Ländern** und Gebieten bestehen dürfen

#### ABI L 227I v 16.07.2020. 1

Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1023 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2019/1765 hinsichtlich des grenzüberschreitenden Datenaustauschs zwischen nationalen Mobil-Apps zur Kontaktnachverfolgung und Warnung zwecks Bekämpfung der COVID-19-Pandemie

#### ABI L 229 v 16.07.2020, 4

Abkommen Über die Sicherheit in der Zivilluftfahrt zwischen der Europäischen Union und Japan

# III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 08.06.2020, E 942/2020

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz eines irakischen Staatsangehörigen; mangelhafte Auseinandersetzung mit der journalistischen Tätigkeit des Bf in Anbetracht der getroffenen Länderfeststellungen

## 08.06.2020, <u>E 3062/201</u>9 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten betreffend einen im Iran geborenen und aufgewachsenen afghanischen Staatsangehörigen; mangelnde Berücksichtigung von Länderberichten des EASO bei der Frage der Zumutbarkeit der Ansiedlung in bestimmten Gebieten Afghanistans

## 08.06.2020, <u>E 3703/2019 ua</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz betreffend einen Staatsangehörigen des Irans; keine ausreichende Auseinandersetzung mit der Apostasie, dem Atheismus sowie deren Folgen für das minderjährige Kind angesichts der Länderfeststellungen

#### 08.06.2020, <u>E 4386/2019</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander und im Recht auf Achtung des Privatund Familienlebens durch Erlassung einer Rückkehrentscheidung betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelnde Auseinandersetzung mit der bevorstehenden Geburt eines weiteren Kinds sowie mangelnder Begründungswert herabwürdigender Aussagen durch das BVwG zur Familiengründung während eines anhängigen Verfahrens über einen Antrag auf internationalen Schutz

#### 09.06.2020, <u>E 3835/2019</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Aberkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen mangels aktueller Länderberichte

#### 17.06.2020, W I 4/2020

NÖ GemeinderatswahlO; Stattgabe der Anfechtung der Wahl des Gemeinderats der Marktgemeinde Kottingbrunn; keine rechtmäßige Zustellung des Verbesserungsauftrags durch Einwurf in den Briefkasten des Vertreters der anfechtungswerbenden Wählergruppe anstelle einer RSb-Zustellung; offensichtliche Einflussmöglichkeit am Wahlergebnis durch Teilnahme einer weiteren Wahlpartei; Aufhebung der Wahl ab Prüfung der eingelangten Wahlvorschläge

## 26.06.2020, G 298/2019 ua (Anlassfall E 698/2019)

**AsylG**; Unsachlichkeit der **Legaldefinition des Familienangehörigen im AsylG** mangels Möglichkeit der Ableitung des Schutzstatus des gesetzlichen Vertreters auf ein minderjähriges Kind trotz einem – bereits vor der Einreise bestehenden – Eltern-Kind-ähnlichen Verhältnis

#### **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

## 27.05.2020, Ro 2019/09/0009

Bundes-PersonalvertretungsG; eine rechtmäßige Sitzung eines Dienststellenausschusses setzt – bei Vorhandensein einer Behindertenvertrauensperson – voraus, dass die Behindertenvertrauensperson entweder zur Sitzung erschienen ist, zu dieser ordnungsgemäß geladen wurde oder trotz nicht rechtzeitiger Ladung der Abhaltung der Sitzung in ihrer Abwesenheit ausdrücklich zugestimmt hat; weder der Umstand, dass alle (übrigen) Mitglieder des Dienststellenausschusses trotz unzureichender Ladung erschienen sind, noch ein Schweigen der nicht ordnungsgemäß geladenen und der Sitzung ferngebliebenen Behindertenvertrauensperson können eine rechtswidrige Einberufung der Sitzung sanieren; dies auch dann nicht, wenn die Teilnahme der Behindertenvertrauensperson an den Sitzungen womöglich zu keinem anderen Ergebnis geführt hätte

#### 29.05.2020, Ro 2019/10/0030

UniversitätsG; UniversitätsberechtigungsVO; der Abschluss eines dreijährigen Diplomstudiums gilt gem § 64 Abs 1 Z 4 UniversitätsG als Nachweis der Allgemeinen Universitätsreife; eine allenfalls erforderliche Besondere Universitätsreife wird durch Ablegung der in der UniversitätsberechtigungsVO festgelegten Zusatzprüfungen zur Reifeprüfung oder Ergänzungsprüfungen – im Falle des Diplomstudiums der Rechtswissenschaften durch die Ergänzungsprüfung Latein – erlangt; mit der alleinigen Vorlage des Abschlusses eines Diplomstudiums kann ein Rw, der weder als Schüler an einer höheren Schule Latein im Ausmaß von mind 10 Wochenstunden erfolgreich abgeschlossen hat noch über ein entsprechendes Reifezeugnis verfügt, daher jedenfalls keine Besondere Universitätsreife für das Diplomstudium der Rechtswissenschaften nachweisen

#### 02.06.2020, Ra 2018/11/0084

BehinderteneinstellungsG; die Bestellung zum Mitglied einer Kollegialbehörde bringt die Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Willensbildung dieser Behörde mit sich; eine Stimmenthaltung von Mitgliedern einer Kollegialbehörde, die an der Verhandlung teilnehmen, kann somit ohne gesetzliche Ermächtigung nicht als zulässig angesehen werden; durch eine Stimmenthaltung entscheidet nicht die vom Gesetz zur Entscheidung berufene Kollegialbehörde, sondern nur eine Fraktion derselben, was eine unrichtige Zusammensetzung der Kollegialbehörde bewirkt; hat bei der Beschlussfassung eines Behindertenausschusses eine Stimmenthaltung stattgefunden, so gilt dieser demnach als unrichtig zusammengesetzt und ist als unzuständig zu erachten

## 02.06.2020, Ra 2020/11/0002

Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherschutzG; SuchtmittelG; bei getrockneten Hanfblüten handelt es sich um ein pflanzliches Raucherzeugnis iSd § 1 Z 1d Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherschutzG, weil getrocknete Hanfblüten nach der allgemeinen Lebenserfahrung typischerweise wenn auch nicht ausschließlich zum Rauchen verwendet werden; daran ändert ein bestimmter THC-Gehalt der Hanfblüten bzw gegebenenfalls die Rechtmäßigkeit des Rauchens bestimmter Sorten von Hanfblüten nichts, weil das genannte Gesetz – im Gegensatz zum auf die psychotrope Wirkung abzielende SuchtmittelG – darauf nicht abstellt

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

#### LVwG Tir 24.06.2020, LVwG-2020/23/0870-3

COVID-19-MaßnahmenG; nach dem eindeutigen Wortlaut des § 2 Z 5 der VO gem § 2 Z 1 COVID-19-MaßnahmenG war ein Aufenthalt im Freien nur unter bestimmten Voraussetzungen (Abstandsregeln) nicht verboten; als öffentlicher Ort definiert ua § 27 Abs 2 SicherheitspolizeiG einen Ort, der von einem nicht von vornherein bestimmten Personenkreis ständig oder zu bestimmten Zeiten betreten werden kann; unter Betreten ist jede physische Präsenz an einem so definierten Ort zu verstehen, unabhängig davon ob ein Betreten des jeweiligen Orts mit den Füßen erfolgt oder ob dieser Ort mit einem Verkehrsmittel befahren wird; insofern hat der Bf einen Sachverhalt verwirklicht, der dem Straftatbestand nach § 1 VO gem § Z 1 COVID-19-MaßnahmenG entspricht, zumal der Ausnahmetatbestand des § 2 Z 5 leg cit nicht greift, wenn sich der Bf zum Zeitpunkt

des Betretens in Begleitung weiterer nicht im gemeinsamen Haushalt lebender Personen befindet, zu denen er keinen ausreichenden Mindestabstand einhält

# IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## A. GERICHTSHOF

#### 16.07.2020, Rs C-517/17, Addis

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Asylpolitik – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des **internationalen Schutzes** – Richtlinie 2013/32/EU – Art 14 und 34 – Pflicht, der Person, die internationalen Schutz beantragt, vor dem **Erlass einer Unzulässigkeitsentscheidung** Gelegenheit zu einer **persönlichen Anhörung** zu geben – Verletzung der Pflicht im erstinstanzlichen Verfahren – Folgen

#### 16.07.2020, Rs C-584/17 P, ADR Center/Kommission

Rechtsmittel – Schiedsklausel – Im Rahmen des spezifischen Programms "Ziviljustiz" für den Zeitraum 2007–2013 geschlossene Finanzhilfevereinbarungen – Prüfberichte, in denen bestimmte Kosten als nicht förderfähig eingestuft werden – Beschluss der Europäischen Kommission, die rechtsgrundlos gezahlten Beträge einzuziehen – Art 299 AEUV – Befugnis der Kommission, im Rahmen eines Vertragsverhältnisses einen Beschluss zu erlassen, der ein vollstreckbarer Titel ist – Zuständigkeit der Unionsgerichte – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz

#### 16.07.2020, Rs C-311/18, Facebook Ireland und Schrems

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen** bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8 und 47 – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 2 Abs 2 – Anwendungsbereich – Übermittlungen personenbezogener Daten zu gewerblichen Zwecken in Drittländer – Art 45 – Angemessenheitsbeschluss der Kommission – Art 46 – **Datenübermittlung** vorbehaltlich geeigneter Garantien – Art 58 – Befugnisse der Aufsichtsbehörden – Verarbeitung der übermittelten Daten für Zwecke der nationalen Sicherheit durch die Behörden eines Drittlands – Beurteilung der Angemessenheit des im Drittland gebotenen Schutzniveaus – Beschluss 2010/87/EU – Standardschutzklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten in Drittländer – Angemessene Garantien seitens des Verantwortlichen – Gültigkeit – Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1250 – Angemessenheit des vom **EU-US-Datenschutzschild** gebotenen Schutzes – Gültigkeit – Beschwerde einer natürlichen Person, deren Daten aus der Europäischen Union in die Vereinigten Staaten übermittelt wurden

#### 16.07.2020, Rs C-549/18, Kommission/Rumänien (Lutte contre le blanchiment de capitaux)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der **Geldwäsche** und der **Terrorismusfinanzierung** – Richtlinie (EU) 2015/849 – Unterbliebene Umsetzung und/oder Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur **Zahlung eines Pauschalbetrags** 

## 16.07.2020, Rs C-550/18, Kommission/Irland (Lutte contre le blanchiment de capitaux)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Verhinderung der Nutzung des **Finanzsystems** zum Zwecke der **Geldwäsche** und der **Terrorismusfinanzierung** – Richtlinie (EU) 2015/849 – Unterbliebene Umsetzung und/oder Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur **Zahlung eines Pauschalbetrags** 

## 16.07.2020, Rs C-606/18 P, Nexans France und Nexans/Kommission

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Europäischer Markt für **Erd- und Unterwasserstromkabel** – Aufteilung des Marktes im Rahmen von Projekten – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 20 – **Nachprüfungsbefugnisse** der Europäischen Kommission in Kartellverfahren – Befugnis, Daten ohne vorherige Prüfung zu kopieren und sie anschließend in den Räumlichkeiten der Kommission zu prüfen – Geldbußen – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

#### 16.07.2020, Rs C-610/18, AFMB ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wanderarbeitnehmer – Soziale Sicherheit – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 14 Abs 2 Buchst a – Begriff ,Person, die als Mitglied des **fahrenden Personals** eines Unter-

nehmens beschäftigt wird' – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 13 Abs 1 Buchst b – **Begriff** "**Arbeitgeber**" – Lkw-Fahrer, die gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten oder Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) abhängig beschäftigt sind – **Lkw-Fahrer**, die einen Arbeitsvertrag mit einem Unternehmen geschlossen haben, jedoch einem anderen Unternehmen mit Sitz in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat tatsächlich unterstehen – Bestimmung des Unternehmens, das die Eigenschaft des "Arbeitgebers" besitzt

#### 16.07.2020, Rs C-658/18, Governo della Repubblica italiana (Statut des juges de paix italiens)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zulässigkeit – Art 267 AEUV – Begriff "einzelstaatliches Gericht" – Kriterien – Sozialpolitik – Richtlinie 2003/88/EG – Anwendungsbereich – Art 7 – **Bezahlter Jahresurlaub** – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über **befristete Arbeitsverträge** – Paragrafen 2 und 3 – Begriff "befristet beschäftigter Arbeitnehmer" – Friedensrichter und ordentliche Richter – Unterschiedliche Behandlung – Paragraf 4 – **Grundsatz der Nichtdiskriminierung** – Begriff "sachliche Gründe"

#### 16.07.2020, Rs C-686/18, Adusbef ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zulässigkeit – Art 63 ff AEUV – Freier Kapitalverkehr – Art 107 ff AEUV – Staatliche Beihilfen – Art 16 und 17 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Unternehmerische Freiheit – Eigentumsrecht – Verordnung (EU) Nr 575/2013 – **Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute** und Wertpapierfirmen – Art 29 – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Art 6 Abs 4 – Aufsicht über Kreditinstitute – Auf die **Europäische Zentralbank** (EZB) übertragene besondere Aufgaben – Delegierte Verordnung (EU) Nr 241/2014 – Technische Regulierungsstandards für die **Eigenmittelanforderungen** an Institute – Nationale Regelung, die den in Form von Genossenschaften errichteten Volksbanken eine Aktivvermögensobergrenze vorschreibt und es ermöglicht, das Recht der ausscheidenden Anteilseigner auf Rückzahlung ihrer Aktien zu beschränken

#### 16.07.2020, Rs C-714/18 P, ACTC/EUIPO

Rechtsmittel – Unionsmarke – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Anmeldung der **Unionswortmarke** ,tigha' – Widerspruch des Inhabers der älteren Unionsmarke ,TAIGA' – Teilweise Zurückweisung der Anmeldung – Art 8 Abs 1 Buchst b – **Beurteilung der Verwechslungsgefahr** – Beurteilung der Ähnlichkeit der einander gegenüberstehenden Zeichen in begrifflicher Hinsicht – Art 42 Abs 2 – Nachweis der ernsthaften Benutzung der älteren Marke – Nachweis der Benutzung ,für einen Teil der Waren oder Dienstleistungen' – Bestimmung einer selbständigen Warenuntergruppe

#### 16.07.2020, Rs C-771/18, Kommission/Ungarn () und de gaz naturel)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Binnenmärkte für Strom und für Erdgas – **Stromübertragungs- und Erdgasfernleitungsnetze** – Zugangsbedingungen – Verordnung (EG) Nr 714/2009 – Art 14 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 715/2009 – Art 13 Abs 1 – Kosten – **Festsetzung der Netzzugangsentgelte** – Richtlinie 2009/72/EG – Art 37 Abs 17 – Richtlinie 2009/73/EG – Art 41 Abs 17 – Innerstaatliche Rechtsschutzmöglichkeiten – Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes

#### 16.07.2020, Rs C-73/19, Movic ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 1 Abs 1 – Anwendungsbereich – Begriff "Zivil- und Handelssachen" – Von einer Behörde zum Schutz von **Verbraucherinteressen** erhobene Klage auf **Einstellung unlauterer Geschäftspraktiken** 

#### 16.07.2020, Rs C-80/19, E E () und loi applicable aux successions)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 650/2012 – Anwendungsbereich – Begriff ,**Erbfall** mit grenzüberschreitendem Bezug' – Begriff ,**gewöhnlicher Aufenthalt** des Erblassers' – Art 3 Abs 2 – Begriff ,Gericht' – Bindung der Notare an die Regeln über die gerichtliche Zuständigkeit – Art 3 Abs 1 Buchst g und i – Begriffe ,Entscheidung' und ,öffentliche Urkunde' – Art 5, 7 und 22 – Vereinbarung über den Gerichtsstand und die Wahl des auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen **anzuwendenden Rechts** – Art 83 Abs 2 und 4 – Übergangsbestimmungen

#### 16.07.2020, Rs C-97/19, Pfeifer & Langen

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollkodex** – Zollanmeldungen – Art 78 des Zollkodex – Überprüfung der Zollanmeldung – Name des Anmelders – Änderung der Angaben zur **Person des Anmelders** im Hinblick auf die Anführung eines indirekten Vertretungsverhältnisses – Indirekte Vertretung der Person, die eine Einfuhrlizenz erhalten hat

#### 16.07.2020, Rs C-129/19, Presidenza del Consiglio dei Ministri

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2004/80/EG – Art 12 Abs 2 – Nationale Regelungen für die **Entschädigung** der **Opfer vorsätzlicher Gewalttaten**, die eine gerechte und angemessene Entschädigung gewährleisten – Geltungsbereich – Opfer, das in dem Mitgliedstaat wohnt, in dem die vorsätzliche Gewalttat begangen wurde – Pflicht, dieses Opfer unter die nationale Entschädigungsregelung fallen zu lassen – Begriff "gerechte und angemessene Entschädigung" – **Haftung der Mitgliedstaaten** bei Verstößen gegen das Unionsrecht

#### 16.07.2020, verb Rs C-224/19 u C-259/19, Caixabank

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – Art 6 und 7 – Verbraucherverträge – Hypothekendarlehen – Missbräuchliche Klauseln – Klausel, nach der der Darlehensnehmer die gesamten Kosten für die Bestellung und **Löschung der Hypothek** zu tragen hat – Wirkungen der Nichtigerklärung der genannten Klauseln – Befugnisse des nationalen Gerichts bei Vorliegen einer für 'missbräuchlich' befundenen Klausel – Verteilung der Kosten – Anwendung dispositiver nationaler Bestimmungen – Art 3 Abs 1 – Beurteilung der **Missbräuchlichkeit der Vertragsklauseln** – Art 4 Abs 2 – Ausschluss der Klauseln, die den Hauptgegenstand des Vertrags oder die Angemessenheit des Preises oder des Entgelts betreffen – Voraussetzung – Art 5 – Erfordernis der klaren und verständlichen Abfassung der Vertragsklauseln – Kosten – Verjährung – Effektivitätsgrundsatz

#### 16.07.2020, Rs C-249/19, JE (Loi applicable au divorce)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 1259/2010 – Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und die **Trennung ohne Auflösung** des **Ehebandes** anzuwendenden Rechts – Einheitliche Vorschriften – Art 10 – Anwendung des Rechts des Staates des angerufenen Gerichts

#### 16.07.2020, Rs C-253/19, Novo Banco

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Insolvenzverfahren** – Verordnung (EU) 2015/848 – Art 3 – **Internationale Zuständigkeit** – Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners – Natürliche Person, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt – Widerlegliche Vermutung, dass der Mittelpunkt der **hauptsächlichen Interessen** dieser Person der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts ist – Widerlegung der Vermutung – Situation, in der die einzige Immobilie des Schuldners außerhalb des Mitgliedstaats des gewöhnlichen Aufenthalts belegen ist

## 16.07.2020, Rs C-411/19, WWF Italia Onlus ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – **Besondere Schutzgebiete** – **Bau eines Straßenabschnitts** – Prüfung der Verträglichkeit dieses Projekts mit dem betreffenden besonderen Schutzgebiet – Genehmigung – Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses

## 16.07.2020, Rs C-424/19, UR (Assujettissement des avocats à la TVA)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/112/EG – **Mehrwertsteuer** – Art 9 Abs 1 – **Begriff ,Steuerpflichtiger** – Person, die den **Rechtsanwaltsberuf** ausübt – Rechtskräftige gerichtliche Entscheidung – Grundsatz der Rechtskraft – Tragweite dieses Grundsatzes im Fall, dass diese Entscheidung mit dem Unionsrecht unvereinbar ist

## 16.07.2020, Rs C-496/19, Antonio Capaldo

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Zollkodex der Gemeinschaften – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – **Überprüfung der Waren** – Antrag auf Überprüfung der Zollanmeldung – Nachträgliche Prüfung

#### 16.07.2020, Rs C-686/19, Soho Group

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Verbraucherkreditverträge** – Richtlinie 2008/48/EG – Begriff ,**Gesamtkosten des Kredits** für den Verbraucher' – Mit der Verlängerung des Kredits verbundene Kosten

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

#### 16.07.2020, Rs C-485/18, Groupe Lactalis (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 1169/2011 – **Information der Verbraucher** über Lebensmittel – Pflichtangabe des Ursprungslands – Art 26 – Reichweite der Harmonisierung – Art 3 – Nationale Maßnahmen, mit denen weitere **Pflichtangaben** für bestimmte Arten oder Klassen von **Lebensmitteln** vorgeschrieben werden – Voraussetzungen – Nationale Maßnahme, die die Pflichtangabe des nationalen, des europäischen oder des nicht europäischen Ursprungs von Milch vorsieht

#### 16.07.2020, verb Rs C-682/18 u C-683/18, Youtube (GA Saugmandsgaard Øe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 – Öffentliche Wiedergabe – Begriff – Einstellung geschützter Werke auf Internet-Plattformen durch deren Nutzer ohne vorherige Zustimmung der Rechtsinhaber – Keine Primärhaftung der Betreiber dieser Plattformen – **Sekundärhaftung dieser Betreiber** für Urheberrechtsverletzungen der Nutzer ihrer Plattformen – Nicht in den Anwendungsbereich von Art 3 der Richtlinie 2001/29 fallende Frage – Richtlinie 2000/31/EG – Art 14 – Haftungsbefreiung zugunsten der Anbieter eines "Dienstes der Informationsgesellschaft, der in der Speicherung von durch einen Nutzer eingegebenen Informationen besteht" – Begriff – Möglichkeit der Befreiung dieser Betreiber von der Haftung, die sich aus den von ihnen im Auftrag der Nutzer ihrer Plattformen gespeicherten Informationen ergeben kann – Voraussetzungen, unter denen diese **Haftungsbefreiung** geltend gemacht werden kann – Art 14 Abs 1 Buchst a – Begriffe 'tatsächliche Kenntnis von der rechtswidrigen Tätigkeit oder Information" und 'der Tatsachen oder Umstände bewusst, aus denen die rechtswidrige Tätigkeit oder Information offensichtlich wird" – Konkrete rechtswidrige Informationen – Art 8 Abs 3 der Richtlinie 2001/29/EG – Gerichtliche Anordnungen gegen Vermittler, deren Dienste von einem Dritten zur Verletzung eines Urheberrechts oder eines verwandten Schutzrechts genutzt werden – Voraussetzungen, unter denen eine solche gerichtliche Anordnung beantragt werden kann

#### 16.07.2020, Rs C-160/19 P, Commune die Milano/Kommission (GA Kokott)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Beihilfe in Form von Kapitalerhöhungen durch die Muttergesellschaft – Bodenabfertigungsdienste an den Flughäfen Mailand-Linate und Mailand-Malpensa – Nachweis der Zurechnung staatlicher Mittel – Indizienprüfung – **Bewertung aufeinanderfolgender Maßnahmen** als eine einzige – Prüfungsumfang der Unionsgerichte bei beihilfenrechtlichen Entscheidungen der Kommission – Kriterium des **marktwirtschaftlich handelnden privaten Kapitalgebers** – Beweislastverteilung – Maßgebliche Informationen

#### 16.07.2020, Rs C-352/19 P, Région de Bruxelles-Capitale/Kommission (GA Bobek)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – Pflanzenschutzmittel – Durchführungsverordnung (EG) 2017/2324 – Wirkstoff **Glyphosat** – Art 263 AEUV – **Klagebefugnis privater Kläger** – Unmittelbare Betroffenheit – Art 4 Abs 2 EUV – Regionen der Mitgliedstaaten – Art 9 Abs 3 des Übereinkommens von Aarhus – Konforme Auslegung – **Individuelle Betroffenheit** – Rechtsakt mit Verordnungscharakter, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht

#### 16.07.2020, Rs C-584/19, Staatsanwaltschaft Wien (Ordres de virement falsifiés) (GA Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsverfahren – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Europäische Ermittlungsanordnung – Staatsanwalt, der die Aufgaben einer Anordnungsbehörde wahrnimmt – **Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft** von der Exekutive – Richtlinie 2014/41/EU – Zum Erlass **befugte Justizbehörde** – Autonomer Begriff – Unterschiede zwischen der Regelung der Richtlinie 2014/41/EU und der des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI – Grundrechtsschutz – **Notwendigkeit gerichtlicher Mitwirkung** 

#### 16.07.2020, Rs C-619/19, Land Baden-Württemberg (Communications internes) (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Übereinkommen von Aarhus – Richtlinie 2003/4/EG – Art 4 Abs 1 – Zugang der Öffentlichkeit zu **Umweltinformationen – Ausnahmen vom Zugangsrecht** – Begriff ,**interne Mitteilungen** – Anwendungsbereich – Zeitliche Begrenzung des Schutzes von internen Mitteilungen – Verkehrs- und Städtebauprojekt ,Stuttgart 21'

#### 16.07.2020, Rs C-656/19, BAKATI PLUS (GA Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsverfahren – Steuerwesen – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbefreiungen bei der Ausfuhr – **Waren im persönlichen Gepäck** von Reisenden, die nicht in der Union ansässig sind – Begriff des persönlichen Gepäcks – Betrug – Versagung des Rechts auf Vorsteuerabzug

#### C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

# V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

#### 10.07.2020, Beschwerde Nr 310/15, Mugemangango / Belgien GK

Verletzung von Art 3 1. ZPEMRK (Recht auf freie Wahlen) und von Art 13 EMRK (Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf); Beschwerde nach Wahlen vom 25. Mai 2014 über das vom wallonischen Parlament durchgeführte Verfahren nach Wahlanfechtung; Prüfung der Beschwerde von einem Gremium, das nicht die erforderlichen Garantien für Unparteilichkeit geboten hatte und dessen Ermessen durch Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts nicht mit ausreichender Genauigkeit eingeschränkt worden war; keine angemessenen und ausreichenden Garantien zur Verhinderung von Willkür und Gewährleistung einer wirksamen Prüfung

#### 16.07.2020, Beschwerde Nr 40888/17, Rana / Ungarn

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); transsexueller Mann aus dem Iran (Bf), der in Ungarn Asyl erhalten hatte, sein Geschlecht und seinen Namen jedoch in Ungarn rechtlich nicht ändern konnte; das innerstaatliche System zur Anerkennung des Geschlechts hatte den Bf deshalb ausgeschlossen, weil er keine Geburtsurkunde aus Ungarn besaß; kein fairer Ausgleich zwischen dem öffentlichen Interesse und dem Recht des Bf auf Achtung seines Privatlebens aufgrund der Verweigerung des Zugangs zum gesetzlichen Verfahren zur Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit

## 16.07.2020, Beschwerde Nr 11288/18, D/Frankreich

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Familienlebens) und keine Verletzung von Art 14 EMRK (Diskriminierungsverbot) iVm Art 8 EMRK; Weigerung, die Einzelheiten der Geburtsurkunde eines Kindes, das im Ausland im Rahmen einer Leihmutterschaft geboren wurde, in das französische Register einzutragen, insofern als die Bescheinigung die Wunschmutter, die auch die genetische Mutter des Kindes war, als Mutter bezeichnete; Verpflichtung, den Adoptionsweg für die Anerkennung der mütterlichen Eltern-Kind-Beziehung von Kindern, die durch Leihmutterschaft geboren wurden, zu beschreiten; keine unverhältnismäßige Beeinträchtigung der Rechte des antragstellenden Kindes unter Berücksichtigung der angemessenen Schnelligkeit der Verfahren

# Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\* Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung). Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.